

DIE SACHE DER GANZEN MENSCHHEIT DER INTERNATIONALE STRAFGERICHTSHOF (2002)

IM ZUSAMMENHANG

FOKUS

Internationales Recht

VOR

1950 Die Vierte Genfer Konvention wird zur Grundlage des globalen humanitären Rechts.

1998 Mit dem Römischen Statut wird der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) geschaffen.

NACH

2005 Der ICC erhebt seine erste Anklage gegen drei ugandische Rebellenkommandeure wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

2009 Der Prozess gegen Thomas Lubanga, einen Rebellenkämpfer in der Demokratischen Republik Kongo, beginnt. Später wird er wegen Kriegsverbrechen verurteilt, die erste Verurteilung durch den ICC.

2019 Der IStGH genehmigt eine Untersuchung mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Myanmar (Burma).

[View attachment 6731](#)

Das Logo des ICC ist deutlich sichtbar auf einer Glaswand vor seinem Hauptsitz in Den Haag, Niederlande, zu sehen. Dies ist der erste dauerhafte Sitz des Gerichtshofs und wurde 2015 eröffnet.

Die Idee eines internationalen Tribunals zur Verfolgung von Kriegsverbrechen geht auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurück, als es um die Auseinandersetzung mit der Anklage gegen Kaiser Wilhelm ging, der den Konflikt angezettelt hatte. Der weltweit erste internationale

Strafgerichtshof wurde jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen. Die Tribunale in Nürnberg und Tokio haben die hochrangigen politischen und militärischen Führer Deutschlands und Japans wegen der Aktionen ihrer Truppen während des Krieges, des Holocaust und ihrer Verantwortung für den Kriegsausbruch strafrechtlich verfolgt. Diese Tribunale waren jedoch nicht dauerhaft, und nachdem sie ihre endgültigen Urteile gefällt hatten, stellten sie ihre Tätigkeit ein. Während des Kalten Krieges führten die Spannungen zwischen der Sowjetunion (UdSSR) und den Vereinigten Staaten dazu, dass es bei den Vereinten Nationen (UN) keinen Konsens über die Bekämpfung internationaler Verbrechen gab. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges im Jahr 1991 wurde die Idee eines ständigen internationalen Strafgerichtshofs geprüft. Der Ausbruch von Bürgerkriegen, in denen im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda schreckliche Verbrechen begangen wurden, führte zur Schaffung von Kriegsverbrechertribunalen (1993–2017, Jugoslawien; 1994–2015, Ruanda), um diese spezifischen Konflikte zu behandeln.

In den späten 1990er Jahren berief die UN-Generalversammlung eine Reihe von Treffen ein, um einen neuen internationalen Gerichtshof zu schaffen. Beim Abschlusstreffen 1998 in Rom Ein Vertrag namens Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs wurde verabschiedet und hatte im Jahr 2019 123 Unterzeichner. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) wurde 2002 in Den Haag eröffnet und erließ 2005 seine ersten Anklagen. Der IStGH befasst sich mit vier Arten internationaler Kriminalität, die alle im Römischen Statut enthalten sind: Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und das Verbrechen der Aggression. Das Römische Statut regelt außerdem die Durchführung von Gerichtsverfahren, die Rechte der Angeklagten in Gerichtsverfahren vor dem ICC und andere Aspekte der Verwaltung des Gerichtshofs. Internationale Verbrechen Kriegsverbrechen beziehen sich auf die Durchführung bewaffneter Feindseligkeiten entweder zwischen Staaten oder in Situationen, in denen organisierte bewaffnete Rebellengruppen gegen die Regierung eines Staates kämpfen. Kriegsverbrechen haben ihren Ursprung in den Haager Konventionen von 1899 und 1907 über die Methoden zulässiger Kriegsführung und wurden später in den Genfer Konventionen weiterentwickelt, die sowohl die Art und Weise regeln, wie Armeen kämpfen, als auch andere Fragen im Zusammenhang mit einem Konflikt, wie etwa die Behandlung von Kriegsgefangenen Krieg. Im Krieg kann es zwar um Tötung gehen, aber Verhaltensweisen wie der Befehl an Truppen, feindliche Soldaten zu töten, die weglaufen oder kapitulieren – wie es der ruandische Befehlshaber Bosco Ntaganda im Ostkongo tat – sind ein Kriegsverbrechen. Im Jahr 2016 verurteilte der IStGH Ahmad al-Mahdi wegen des Kriegsverbrechens, während der Kämpfe zwischen Aufständischen und Regierungstruppen in Mali absichtlich religiöse und kulturelle Stätten in Timbuktu ins Visier genommen zu haben. Verbrechen gegen die Menschlichkeit unterscheiden sich von Kriegsverbrechen dadurch, dass ihr Ziel Zivilisten und nicht Soldaten sind. Mord, Versklavung, Folter, Deportation und eine Reihe anderer Praktiken gelten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wenn sie im Rahmen eines organisierten bewaffneten Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung begangen werden und wenn der kommandierende Offizier der Gruppe, die diesen bewaffneten Angriff durchführte, Kenntnis davon hatte, oder hätte wissen müssen, von dem Angriff. Sexuelle Gewalt und die Bestrafung von Zivilisten gelten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Siehe auch: Die Genfer Konventionen 152-155 ■ Die Haager Konventionen 174-177 ■ Die Nürnberger Prozesse 202-209 ■ Die Völkermordkonvention 210-211 ■ Die Vereinten Nationen und der Internationale Gerichtshof 212-219

Die Zuständigkeit des Gerichts ist auf die schwersten Verbrechen beschränkt, die für die internationale Gemeinschaft als Ganzes von Belang sind. Artikel 1 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998

[View attachment 6732](#)

Seit 2016 wurden mehr als eine Million Rohingya im Westen Myanmars im Zuge einer von den Vereinten Nationen als „ethnische Säuberung“ bezeichneten Aktion aus ihrem Land vertrieben.

Sowohl in Kenia (2007–2008) als auch in der Elfenbeinküste (2010–2011) galt organisierte Gewalt im Wahlkampf – darunter Mobs, die politische Rivalen ermordeten und Oppositionsanhänger verprügelten – als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Vor seinem Tod im Jahr 2011 ermittelte der IStGH gegen Oberst Muammar Gaddafi i. wegen der Anordnung bewaffneter Vergeltungsmaßnahmen gegen Demonstranten. Im Jahr 2019 stimmte der IStGH der Einleitung einer Untersuchung zu, ob die gewaltsame Abschiebung der Rohingya aus dem Norden Myanmars ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. Völkermord ist der Versuch, eine ethnische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Es wurde ursprünglich 1948 in der Völkermordkonvention kodifiziert. Vor den Sondertribunalen in Ruanda und im ehemaligen Jugoslawien wurden Menschen wegen Völkermords strafrechtlich verfolgt. Der IStGH hat bisher nur eine Person wegen Völkermords angeklagt: den ehemaligen sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir, der 2010 angeklagt wurde.

Das Verbrechen der Aggression ist die Anwendung bewaffneter Gewalt durch einen Staat gegen die „Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit“ eines anderen Staates. Im Gegensatz zu den anderen Verbrechen geht es bei der Aggression um den Prozess der Auslösung von Kriegen. Im ursprünglichen Entwurf des Römischen Statuts war es nicht enthalten, aber im Jahr 2010 wurde das Statut dahingehend geändert, dass es aufgenommen wurde. Es wurde erst 2017 aktiviert, als genügend Staaten der Definition zustimmten. Wen der IStGH strafrechtlich verfolgen kann Da der IStGH nicht über die Kapazitäten verfügt, jedes einzelne internationale Verbrechen zu verfolgen, konzentriert er sich auf die schwerwiegendsten Fälle und auf diejenigen, die das haben, was er als „überlegene Verantwortung“ bezeichnet. Artikel 28 des Römischen Statuts macht einen Militärbefehlshaber für die Verbrechen der Soldaten unter seinem Kommando verantwortlich und macht politische Führer für die Kontrolle der Polizei und des Militärs in ihrem Land verantwortlich. Wenn ein Land dem IStGH beitrifft, wird von ihm erwartet, dass es alle Definitionen internationaler Verbrechen in das Römische Statut einbezieht >>

“ Wir können immer mehr tun. Wir können es immer besser machen. Und wir sollten nicht ruhen, solange es einen Täter gibt, der für seine Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen wird. Richter Song Sang-hyun Ehemaliger Präsident des IStGH (1941–)

[View attachment 6733](#)

in sein eigenes innerstaatliches Recht umzuwandeln. Personen, die internationale Verbrechen begehen, können dann im eigenen Land verhandelt werden. Der IStGH verfolgt jemanden nur dann strafrechtlich, wenn ein Land dazu nicht willens oder nicht in der Lage ist. Dies ist als Komplementaritätsprinzip bekannt, wurde jedoch als verzerrt kritisiert, da es für reichere Länder mit entwickelteren und stabileren Rechtssystemen einfacher ist, Strafverfolgungsmaßnahmen durchzuführen, als für Länder, in denen beispielsweise das Rechtssystem möglicherweise zusammengebrochen ist.

Der Präsident Kenias, Uhuru Kenyatta, wurde wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit Gewaltvorfällen nach den Wahlen in Kenia im Jahr 2007 angeklagt und drei Jahre später an den IStGH verwiesen. Er war einer von sechs Verdächtigen, die für die Anstiftung zu den Gewalttaten verantwortlich gemacht wurden. Die gegen ihn erhobenen Anklagen wurden jedoch später aus Mangel an Beweisen fallen gelassen. Im Jahr 2009 erließ der IStGH einen Haftbefehl gegen Omar al-Bashir, den damaligen Präsidenten des Sudan, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord in der sudanesischen Region Darfur. Er war der erste Staatschef, der vom IStGH angeklagt wurde. Das Gericht folgte dem Grundsatz, dass selbst Staatsoberhäupter im Zusammenhang mit solch schwerwiegenden Vorwürfen keine rechtliche Immunität von der Strafverfolgung erwarten können. Kritik am IStGH Bisher weigern sich die USA, Russland und China, dem IStGH beizutreten. Da diese Länder ständige Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sind, gibt es keine wirksame Möglichkeit, von ihnen auf ihrem eigenen Territorium begangene Verbrechen zu verfolgen, da sie einfach gegen jede Resolution des UN-Sicherheitsrats, an der der IStGH beteiligt ist, ein Veto einlegen können. Diese Umgehung gilt jedoch nicht für mutmaßliche Verbrechen, die sie auf dem Territorium eines ICC-Mitglieds begehen. Sowohl das Vereinigte Königreich als auch Frankreich sind ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und des Internationalen Strafgerichtshofs. Der IStGH führte Mitte der 2000er Jahre eine Untersuchung zum Verhalten der britischen Streitkräfte im Irak durch, die jedoch ohne Anklage endete. Der IStGH hat kürzlich versucht, seinen Anwendungsbereich zu erweitern, indem er entschieden hat, dass er Fälle im Zusammenhang mit Ländern anhören kann, die nicht Unterzeichner des IStGH sind, wenn es sich dabei um Flüchtlinge handelt, die aus einem Nichtunterzeichnerstaat in einen Unterzeichnerstaat geflohen sind. Im Jahr 2019 reichten Anwälte eine Klage im Namen syrischer Flüchtlinge ein (Syrien ist kein Unterzeichnerstaat des Römischen Statuts), die nach Jordanien geflohen waren (was ja der Fall ist).

[View attachment 6734](#)Dem sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir (Mitte, seinen Stock hochhaltend) wurde vorgeworfen, den Völkermord in Darfur, den ersten des 21. Jahrhunderts, angestiftet zu haben, bei dem bis zu 400.000 Menschen starben.

“ Seien Sie nicht vage. Gehe nach Den Haag. Kenianische Politiker Bezogen auf Fälle von Wahlgewalt, 2007

Die meisten Fälle, die vor dem ICC verhandelt werden, stammen aus Afrika, was dazu geführt hat Der Gerichtshof wird als neokoloniale Institution kritisiert und einige Länder drohen mit dem

Austritt aus dem IStGH. Andere Länder haben aus Protest gegen die Einleitung einer Untersuchung durch den IStGH in ihrem Land versucht, sich zurückzuziehen. Als der IStGH 2018 begann, gegen die philippinische Regierung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ermitteln, die während des „Kriegs gegen Drogen“ begangen wurden, zog er sich offiziell aus dem Gericht zurück. Nur eine Handvoll Menschen verbüßen aufgrund von Verurteilungen durch den IStGH Haftstrafen. Der kanadische Professor für internationales Strafrecht William Schabas beschrieb den Fortschritt des IStGH in seinen Anfangsjahren als „eiszeitlich“. Selbst wenn Fälle zu einer Verurteilung führten, gab es einige hochkarätige Berufungsverfahren. Im Jahr 2016 wurde Jean-Pierre Bemba Gombo, ehemaliger Vizepräsident der Demokratischen Republik Kongo, wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt, als festgestellt wurde, dass die von ihm befehligte Miliz im Jahr 2003 Massaker in der Zentralafrikanischen Republik verübt hatte. Die Verurteilung wurde später im Berufungsverfahren wegen Verfahrensfehlern in seinem Verfahren aufgehoben. Trotz dieser Kritik bleibt der IStGH ein wichtiges Forum für die Untersuchung einiger der tödlichsten Gräueltaten auf der ganzen Welt. ■

[View attachment 6735](#)

Im Jahr 2016 verurteilte der ICC den ehemaligen kongolesischen Vizepräsidenten Jean-Pierre Bemba Gombo wegen Mordes, Vergewaltigung und Plünderung. Die Verurteilung wurde jedoch 2018 aufgehoben.

“ Es muss Gerechtigkeit geben. Es muss Gerechtigkeit herrschen. Fatou Bensouda
Chefankläger des IStGH

[View attachment 6736](#)

Fatou Bensouda Die ehemalige Rechtsanwältin und gambische Justizministerin Fatou Bom Bensouda wurde 1961 geboren und fungiert seit 2012 als Anklägerin des IStGH. Als solche ist sie dafür verantwortlich, Entscheidungen darüber zu treffen, gegen welche Verdächtigen ermittelt und welche dann wegen internationaler Verbrechen strafrechtlich verfolgt werden. Die Staatsanwaltschaft ist vom Gericht unabhängig. Um eine Untersuchung einzuleiten, muss der Staatsanwalt daher bei einem Richterergremium des ICC eine Genehmigung beantragen. Während ihrer Amtszeit, die 2021 endet, hat Bensouda den Fokus des IStGH erweitert und Untersuchungen zu möglichen Kriegsverbrechen in Afghanistan, Israel sowie Myanmar und Bangladesch eingeleitet. Sie hat auch versucht, die Zahl der Strafverfolgungen wegen Vergewaltigung und Ausbeutung von Frauen in bewaffneten Konflikten zu erhöhen.